

Weltweite Impfstoffgerechtigkeit herstellen

Eine bestmögliche Gesundheitsversorgung zu erhalten ist ein Menschenrecht, das in der aktuellen Covid-19-Pandemie insbesondere durch den Zugang zu Impfstoffen verwirklicht wird, denn hiervon hängt es entscheidend ab, dass es gelingt, die durch Covid 19 verursachten dramatischen Sterberaten zu verringern und die Pandemie letztlich zu überwinden. Wir sehen jedoch mit großer Sorge, dass die Impfstoffe zur Eindämmung von Covid 19 weltweit extrem ungleich verteilt sind. So haben in den vergangenen Wochen zehn Staaten „75 Prozent aller bisherigen Impfungen durchgeführt“, wohingegen 130 Länder mit dem Impfen noch nicht einmal begonnen haben (SZ 22.02.2021).

Angesichts dieser Situation warnte der Generaldirektor der Weltgesundheitsorganisation WHO Tedros Adhanom Ghebreyesus am 18. Januar, dass „die Welt am Rande eines katastrophalen moralischen Versagens“ stehe. Das Gelingen einer internationalen Kooperation bei Impfungen, Tests und Medikamenten bezeichnete Bundespräsident Steinmeier am 22. Februar als „Lackmustest der internationalen Solidarität“. Bereits im April 2020 hatte Bundeskanzlerin Merkel betont, es handele sich um „ein globales öffentliches Gut, einen Corona-Impfstoff zu produzieren und ihn dann auch in alle Teile der Welt zu verteilen“.

Die Zeit drängt. Für die ärmsten Bevölkerungsgruppen der Welt sind die gesundheitlichen und sozioökonomischen Folgen der Pandemie schon heute dramatisch. Millionen Menschen haben ihre Möglichkeiten zur Einkommenserzielung verloren. Benachteiligte Länder haben keine ausreichenden finanziellen Reserven zur Abfederung der Folgen von Lockdowns und zur Vermeidung eines weiteren Abdriftens großer Bevölkerungsteile in Armut. Wenn sich das Virus in einigen Ländern und Regionen ungebremst ausweitet, hat dies auch weltweit Auswirkungen, da die große Gefahr besteht, dass sich dann resistente Varianten des Virus entwickeln, die es stark erschweren, die Pandemie durchgreifend zu bekämpfen. Die Covid-19-Pandemie ist erst vorbei, wenn sie für alle vorbei ist.

Es sind also schnelle und weitreichende Maßnahmen notwendig, die einen weltweit gerechten Zugang zu Covid-19-Impfstoffen ermöglichen; hierzu ist die Verbreitung des Know how und der Technologien zur Herstellung von Covid-19-Impfstoffen von entscheidender Bedeutung.

Wir schließen uns der Forderung zahlreicher Nichtregierungsorganisationen, die im Bereich der Entwicklungsarbeit, der globalen Gesundheit und der humanitären Hilfe

aktiv sind, an, die Rechte des geistigen Eigentums an Produkten zur Bekämpfung der Covid-19-Pandemie (neben Impfstoffen auch Medikamente und Diagnosemittel) für die Dauer der Pandemie außer Kraft zu setzen.¹

Wir appellieren an die Bundesregierung, bei der Frage der Impfstoffgerechtigkeit voranzugehen. Die Bundesregierung sollte die WHO-Initiative des Covid-19-Technologiepools (C-TAP) unterstützen, um mit einem Technologietransfer die schnelle Produktionsausweitung voranzutreiben. Auf diese Weise könnte Deutschland seiner beanspruchten Vorreiterrolle in der globalen Gesundheitspolitik gerecht werden.

Das Ziel, weltweit zunächst den vulnerablen Gruppen – ganz gleich in welchem Land sie leben – Zugang zum Impfen zu geben, ergibt sich für uns nicht zuletzt auch aus dem in der katholischen Soziallehre verankerten Solidaritätsprinzip, dessen Geltung von unserem Erzbischof jüngst in seinem Fastenhirtenbrief „Hoffnung in Solidarität“ bekräftigt wurde.

Beschlossen am 27.02.2021

¹ Offener Brief „Kein Patentschutz auf lebensnotwendige Medikamente und Impfstoffe“ an Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel“ vom 19.02.2021 https://www.brot-fuer-die-welt.de/fileadmin/mediapool/blogs/Fuellkrug-Weitzel_Cornelia/210219__Brief_an_Bundeskanzlerin_Merkel.pdf

Siehe auch die Petition „Covid-19: Patentrechte vorübergehend aussetzen!“ der Jesuitenmission Deutschland & Österreich, Nürnberg und des Missionsärztlichen Instituts Würzburg <https://www.medmissio.de/ver%C3%B6ffentlichungen/nachrichten/covid-19-patentrechte-vor%C3%BCbergehend-aussetzen>

Siehe auch die Position von Misereor: <https://www.misereor.de/presse/pressemitteilungen-misereor/misereor-beklagt-mangelnde-impfgerechtigkeit>